



Liebe Bundesregierung,

Du bist die demokratisch gewählte Regierung der Bürger*innen der Bundesrepublik Deutschland und so wollen wir dir also nun mal unterstellen, dass Du dich auch für die Interessen dieser Bürger*innen einsetzt. Bezüglich des Freihandelsabkommens TTIP plagen uns viele Fragen, die leider wenig oder nicht ernsthaft beantwortet wurden. Und darum wollen wir sie Dir noch einmal in aller Klarheit stellen:

1. Warum sind die Verhandlungen zwischen zwei demokratischen Gruppen wie der EU und den USA geheim gegenüber der Öffentlichkeit und den Abgeordneten in den Parlamenten?

2. Warum werden stattdessen tausende Großunternehmen zu Informations- und Lobbyveranstaltungen eingeladen?

3. Warum wird über ein Abkommen verhandelt, das nach Aussagen des Centre for Economic Policy Research (CEPR) in all den Jahren bis 2027 zusammengenommen, ein Wachstum von einem halben Prozent bringt und damit eigentlich kaum statistisch nachweisbar ist?

4. Und warum wird überhaupt über ein Freihandelsabkommen verhandelt, wenn die Zölle

bereits auf einem sehr niedrigen Niveau von durchschnittlich drei bis fünf Prozent liegen?

5. Wenn es also um die Angleichung technischer Standards geht, meinst Du dann nur die Unterschiede in der Herstellung von Energiesparlampen, Stromsteckern und Ähnlichem? Oder geht es dabei vor allem um Landwirtschaft und Tierschutz, um den Datenschutz und Arbeitnehmer*innenrechte, um Umweltstandards, Gesundheitsstandards und Kultur?

[Glaubst Du, es wäre möglich, dass so auf dem Hinterweg Dinge durchgesetzt werden können]

6. Hast Du das Gefühl, dass wir als Menschen bei diesen Themen etwas verlieren könnten?

7. Und das interessiert uns auch brennend: Was bedeutet der geplante Investitionsschutz denn anderes, als eine Drohung an Regierungen, sich nicht für eine Politik zu entscheiden, die Konzerne einschränken könnte? Zum Beispiel durch verbesserte ökologische Richtlinien oder mehr soziale Rechte?

8. Glaubst Du, es wäre möglich, dass so auf dem Hinterweg Dinge durchgesetzt werden können, die Du, liebe Bundesregierung, lange schon gerne machen würdest, dich aber nicht traust, weil die Öffentlichkeit auf die Barrikaden ginge?

9. Und warum beantwortest du all diese Fragen nicht ernsthaft, sondern beleidigst die Menschen in Deutschland stattdessen als „reich und hysterisch“ wie dein Mitglied Sigmar Gabriel?

10. Fassen wir zusammen: Das Abkommen wird vor den Bürger*innen geheim gehalten, die du vertrittst, aber mit der Industrie zusammen geschrieben. Es wird zu einem kaum messbaren Wirtschaftswachstum führen, aber unsere sozialen und ökologischen Errungenschaften in Europa bedrohen. Und wenn dieser Investitionsschutz „immer in Gefahr ist, die verfassungsrechtliche Grundordnung und auch die Freiheit des Gesetzgebers [...] zu beeinträchtigen“ – übrigens auch von Sigmar Gabriel – warum, und wir fragen dich in vollem Ernst, sollten wir denn für dieses Abkommen sein?

Wir freuen uns auf deine Antwort. Bis dahin versuchen wir erstmal, TTIP zu stoppen.

Mit besten Grüßen,

•
•

Die Naturfreundejugend

Liebe Naturfreund*innen, liebe Mitdemonstrierende,

Ihr habt diese [ke:onda] entweder zu Euch nach Hause per Post bekommen, lest diesen Text vielleicht auf einem der Sonderzüge zur TTIP-Demo am 10.10., oder habt sie gerade eben auf der Demo in die Hand gedrückt bekommen. Dies ist die Mitgliederzeitschrift der Naturfreundejugend Deutschlands, die Ihr als Sonderausgabe zum – und gegen – das Freihandelsabkommen TTIP nun in neuem Format bekommt.

Die Verhandlungen zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten werden trotz aller Proteste im Geheimen fortgesetzt. Dass aus dem Freihandelsabkommen allem Anschein nach vor allem Großkonzerne einen Nutzen ziehen werden, ist höchst besorgniserregend. Darum schauen wir uns in diesem Heft mal das TTIP-Abkommen genauer an und suchen nach



Freiräumen außerhalb des Wirtschaftskreislaufes. Aktiv werden wir natürlich auch gegen das Freihandelsabkommen! Vom 09. bis 11. Oktober laden wir euch zusammen mit der BUNDjugend zum **Anti-TTIP-Aktionswochenende** nach Berlin ein. Und am 10. Oktober demonstrieren wir an Bundestag und US-Botschaft vorbei mit hunderttausend Menschen gegen TTIP. Kommt vorbei und lasst uns gemeinsam genug Lärm gegen den Ausverkauf unserer Zukunft machen, so dass uns die Entscheidungstragenden nicht länger ignorieren können!

*Es grüßt Euch Eure Bundesleitung und wünscht Euch ein herzliches „TTIP-frei!“,
Clara, Sascha, Fenja, Malin, Finn, Lyonel, Jannis*

Inhaltsverzeichnis

Liebe Bundesregierung	S. 1
Vorwort	S. 2
Ich pfeif auf Schiris!	S. 3
Weg mit den Chlorhühnchen!	S. 4
Der Ausverkauf der Hochschulen?	S. 4
Nachgefragt bei Uwe Hirsch	S. 5
Zum Poster	S. 5
Ein Freihandelsabkommen und die Folgen	S. 8
Schutzgebiete in Zeiten von TTIP und CETA	S. 9
Wir wollen es wissen!	S. 9
Kapitalismus?	S. 10
Zusammen für ein besseres Leben	S. 10
jung.bunt.aktiv!	S. 11

Impressum

[ke:onda] – Die Zeitung der Naturfreundejugend Deutschlands

Herausgegeben durch das Kinder- und Jugendwerk der Naturfreunde, Verein zur Förderung der Naturfreundejugend Deutschlands e.V., Adresse siehe unten

Redaktionsanschrift und Verlag: Naturfreundejugend Deutschlands || Warschauer Straße 59a || 10243 Berlin || Telefon 030-297732-70 || Telefax 030-297732-80 keonda@naturfreundejugend.de || www.keonda.de

Mitglieder der Naturfreundejugend Deutschlands erhalten [ke:onda] kostenlos. [ke:onda] kann auch als Abo für 5 € pro Jahr inkl. Versandkosten bestellt werden.

Redaktion: Frauke Gehrau, Jannis Pfendtner, Jannis Gustke, Lyonel Frey-Schaaber, Tobias Thiele, Larissa Donges, Sebastian Bozada, Dennis Melsa (V.i.S.d.P)

Fotos/ Bilder: Sabrina Gröschke / Formgefüge (S. 1, 3, 4, 6, 7, 10, 11) || Sebastian Bozada / Naturfreundejugend Deutschlands (S. 2, 5) || Jose Villa / VillaPhotography [CC BY-SA 3.0] (S. 8) || Jörg Fahrys / Die Projektoren (S. 12)

Gestaltung: Formgefüge || www.formgefuege.de

Druck: DCM – Druckcenter Meckenheim

© Naturfreundejugend Deutschlands 2015

[ke:onda] wird gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



ICH PFEIF AUF SCHIRIS!

Ob Phillip Morris gegen Australien im Ringen um das Markenzeichen auf Zigarettenspackungen oder Vattenfall gegen Deutschland im Kampf um den Atomausstieg. Es sind immer Schiedsrichter*innen im Spiel. Und die kann spätestens seit der Diskussion um TTIP und CETA keiner mehr leiden. Warum? Sie entscheiden, ob ein Staat einem ausländischen Unternehmen Entschädigung zahlen muss, weil er zum Beispiel ein Gesetz erlassen hat, das deren Profit schmälert. "Deutschland hat seit 1959 mehr als 130 bilaterale Investitionsförderungs- und -schutzverträge abgeschlossen" steht auf der Internetseite des Bundeswirtschaftsministeriums, also Abkommen mit je einem anderen Staat, in denen es genau um diese Schiedsverfahren (ISDS) geht. Die späte Kritik daran zeigt, dass westliche Staaten und ihre Unternehmen am Anfang von der Idee profitierten.

Die Abkommen sollten Investor*innen aus Industrienationen in Entwicklungsländer locken. Da dort oftmals kein Rechtssystem westlichen Standards herrschte, wurden die Schiedsgerichte geboren. Sie sollten den Investor*innen rechtlichen Schutz gegen staatliche Willkür bieten. Daher werden auch heutzutage diese Schiedsgerichte vor allem bei der Weltbank abgehalten.

Die Unterlagen bleiben dabei geheim, es sei denn beide Seiten stimmen einer Veröffentlichung zu.

Fühlt ein ausländisches Unternehmen sich von staatlicher Willkür betroffen, kann es Klage vor einem internationalen Schiedsgericht einreichen. Diese landen meist bei der Weltbank in Washington DC. Drei Anwalt*innen - je eine*r für die Klagen (das Unternehmen), die Beklagten (den Staat) und ein*e Unabhängige*r bilden das Gericht, das für jeden Fall neu zusammengesetzt wird. Die Unterlagen bleiben dabei geheim, es sei denn beide Seiten stimmen einer

Veröffentlichung zu. Dabei müssen sich die Anwälte nicht an nationale Gesetze halten. Die Investitionsschutzabkommen sind wenig ausführlich formuliert und bieten viel Spielraum zur Auslegung, auch für mögliche Entschädigungen.

Größtes Manko der Schiedsverfahren ist, dass nur Unternehmen die Staaten verklagen können, aber nicht umgekehrt. Außerdem gibt es keinerlei Berufungsinstanz, so wie das normalerweise der Fall wäre. Es ist möglich, dass wichtige gesellschaftliche Fragen vor Schiedsgerichten statt nationalen Gerichten landen, wenn ein*e ausländische*r Investor*in betroffen ist. Die Intransparenz der Verfahren ist ihrem Ruf wenig förderlich.

Vor nationalen Gerichten hat sich die Bewegung bereits erfolgreich durchgesetzt, vor einem Schiedsgericht würde sie aber nicht angehört.

Zu befürchten ist auch, dass die Politik aus Angst vor drohenden Entschädigungen z.B. neue Umweltstandards für Kraftwerke nicht mehr durchsetzt, wie beim Kohlekraftwerk in Hamburg-Moorburg. Wer zahlt schon gern Millionensummen an Entschädigungen?

So setzen sich Unternehmen auch über Begehren der Bevölkerung hinweg. Die Bürgerbewegung "Albernus Maior" kämpft in Rumänien seit Jahren erfolgreich gegen einen Gold- und Silbertagebau, der beim angewendeten Verfahren einen riesigen See aus hochgiftigem Zyanid zurüchließte. Vor nationalen Gerichten hat sich die Bewegung bereits erfolgreich durchgesetzt, vor einem Schiedsgericht würde sie aber nicht angehört. Das kanadische Bergbauunternehmen hat dort nun Klage eingereicht.

Ein anderer Fall aus Österreich zeigt, dass bei der heutigen Globalisierung theoretisch jedes Unternehmen fast jeden Staat verklagen kann. Weil wegen Untreue und Betrug gegen die Meinel Bank seit acht Jahren ermittelt wird, hat der

niederländische Investor mit Sitz in Malta Ende Juli Klage beim ICSID eingereicht und bezieht sich dabei auf ein Investitionsschutzabkommen zwischen Österreich und Malta. Anklage: der Rufmord käme einer "Enteignung" gleich. Dieser Investor gehört aber offenbar über dubiose Wege Familie Meinel selbst, den österreichischen Eigentümern. Für eine Klage reicht also eine ausländische Tochterfirma. Laut Anwalt der Meinel Bank sei der Staat Österreich für das Verfahren gegen seinen Mandanten verantwortlich. Interessante Behauptung, wo doch in der Gewaltenteilung Regierung und Gerichte unabhängig sein sollten.

Dann ist da noch der Interessenskonflikt der beteiligten Anwaltskanzleien. Sie wollen Geld verdienen, müssen dafür aber die Nachfrage nach Schiedsgerichten hoch halten, sprich erfolgreich klagen. Wie aber passen unabhängige Schiedsrichter*innen und Gewinnorientierung der Kanzleien zusammen? Hohe Entschädigungssummen sind somit wenig verwunderlich.

Die höchste Entschädigung der Geschichte musste Ecuador an einen Ölkonzern zahlen: 2,3 Mrd. US-Dollar

Die höchste Entschädigung der Geschichte - 2,3 Milliarden US-Dollar - musste Ecuador an einen Ölkonzern zahlen. Die EU möchte nun einen internationalen Schiedsgerichtshof mit Richter*innen auf Lebenszeit einrichten. Die Regelungen für Schiedsverfahren sollen in TTIP genauer formuliert werden. Dadurch werden sich aber die ungerechten Grundzüge des Schiedsverfahrens nicht grundlegend ändern. Es hilft nur eins: Schiedsverfahren müssen generell abgeschafft werden.

WEG MIT DEN CHLORHÜHNCHEN!

Ein Kommentar von **Lukas Ramsaier**, Mitglied im Bundesvorstand der **BUNDjugend**

Würde man x-beliebige Bürger*innen bei einer Straßenumfrage fragen, was sie mit dem Begriff „TTIP“ verbinden, würde man vermutlich eine Antwort wie diese hören: „TTIP? Moment ... das ist doch das mit den Chlorhühnchen, oder?“ Vielleicht würden sich einige auch noch an den Genmais oder das Hormonfleisch erinnern. Das Chlorhühnchen ist jedoch zu der Symbolfigur schlechthin für die Folgen des Transatlantischen Freihandelsabkommens TTIP geworden.

Ist in Deutschland die Qualität von Geflügelfleisch etwa genauso heilig, wie das Reinheitsgebot beim Bier?

Doch warum eigentlich? Ist in Deutschland die Qualität von Geflügelfleisch etwa genauso heilig, wie das Reinheitsgebot beim Bier? Wohl kaum, wenn man sich anschaut wie hierzulande Geflügelfleisch unter katastrophalen Bedingungen in widerwärtigen Massenzuchtanlagen produziert wird.

Woher kommt sie dann, die Angst vor dem Chlorhühnchen? Vielleicht aus die Tatsache, dass wir Chlor eher aus dem Freibad kennen, als denjenigen Geruch, der auch nach dem Baden noch penetrant am Körper haftet? „Und dieses Zeug wollen wir in den Mund nehmen? Nein danke!“, mögen da die meisten antworten.

Aber ist das wirklich der Grund? Oder sehen wir hier vielmehr das Bedürfnis nach einem

greifbaren Symbol, einer Vereinfachung des „großen Ganzen“? In einer Welt, die immer komplexer wird, sehnen wir uns natürlich nach Struktur und klaren Antworten. Der Vertragstext des vergleichbaren Freihandelsabkommens „CETA“ mit Kanada allein hat schon 1500 Seiten. Wer will die schon vollständig lesen, natürlich angenommen sie wären überhaupt öffentlich? Kein Wunder, dass Punkte herausgefiltert werden, die möglichst viele betreffen und kurz und knapp argumentativ abgelehnt werden können. Phrasen wie „Ich esse doch kein Hühnchen, das in Chlor getränkt wurde. Dass können die Amis schön selbst behalten!“ tauchen in den Kommentarspalten renommierter Medien ebenso wie an den Stammtischen auf und stoßen auf Zustimmung.

Klar, Chlorhühnchen gehen nicht, Punkt! Aber es gibt noch entscheidendere Bedrohungen unserer bisherigen Standards

Doch sind es wirklich nur wir Wähler*innen, die sich wünschen, dass komplexe Dinge vereinfacht werden? Sind es nicht auch die Entscheider*innen von Freihandelsabkommen wie TTIP, die entscheidend davon profitieren, wenn Symbolfiguren wie das Chlorhühnchen durch die Medien „gejagt“ werden?

In Wahrheit reiben sie sich wahrscheinlich freudig die Hände! Denn die Chlorhühnchen lenken schlichtweg von den viel schlimmeren Folgen ab, die uns durch TTIP ins Haus stehen.

Klar, Chlorhühnchen gehen nicht, Punkt! Aber es gibt noch entscheidendere Bedrohungen unserer bisherigen Standards: Die Abschaffung des Vorsorgeprinzips bei Chemikalien, welches beispielsweise zu einem massiven Bienensterben mit weiteren daraus resultierenden Schäden für die Umwelt führen kann, zum Beispiel. Oder die Vertragsklausel der „regulatorischen Zusammenarbeit“. Oder auch die Aushebelung betrieblicher Mitspracherechte von Arbeitnehmer*innen und natürlich die sogenannten „Schiedsgerichte“, die viele demokratische Grundwerte mit Füßen treten.

die Aushebelung betrieblicher Mitspracherechte von Arbeitnehmer*innen

Für uns, als Anti-TTIP-Bewegung sollte es also in Zukunft ganz wichtig sein, weg von den symbolträchtigen Figuren à la Chlorhühnchen zu kommen. Klar wird es nicht einfach sein, die ganz großen komplexen Gefahren für alle verständlich aufzuarbeiten. Aber genau hier müssen wir ansetzen. Die Menschen müssen endlich umfassend informiert werden, dass hinter TTIP noch viel mehr steckt, als uns weisgemacht werden soll! Weg mit dem Chlorhühnchen! Auf geht's!

DER AUSVERKAUF DER HOCHSCHULEN?

Alle Kritik am Bologna-Prozess und dem Studieren per Druckbetankung zum Trotz, haben die meisten Hochschulen ein zentrales Element der Mitbestimmung bewahrt: Die verfasste Studierendenschaft. Mit Ausnahme von Bayern entsenden diese Gremien Vertreter*innen in die Verwaltungsräte der Studierendenwerke und kontrollieren sie (mit). Die Studierenden entsenden darüber hinaus genau wie die anderen Gruppen Vertreter*innen in den Senat, der gemeinsam mit dem aus Externen besetzten Hochschulrat gestaltet, verwaltet und ernannt. Zum Beispiel den Direktor.

Was also hat das Ganze mit dem transatlantischen Freihandelsabkommen (TTIP) zu tun? Mit TTIP könnte die große Mehrheit der Studierendenwerke aus der öffentlichen Hand geraten. Mensen und Cafeterien in Universitäten werden von Großcaterern und Fast Food-Unternehmen übernommen. Wohnheime werden in die Hände von Immobilienfonds geraten und stehen fortan nicht mehr den Studierenden zur Verfügung, sondern werden als Spekulationsobjekte unbezahlbar. Zeltsiedlungen entstehen auf dem Campus, weil viele Studierende überhaupt keine Wohnung mehr finden. Dabei wird die Studierendenschaft

in den meisten Fällen ihren Einfluss verlieren. Gleichzeitig wird der Wettbewerb um Universitäts catering und BAföG-Amtsbetrieb zusätzlich verschärft werden, weil dies nicht gleichzeitig die Abschaffung des Mensabetreiberanteils an den Semesterbeiträgen mit sich bringen wird.

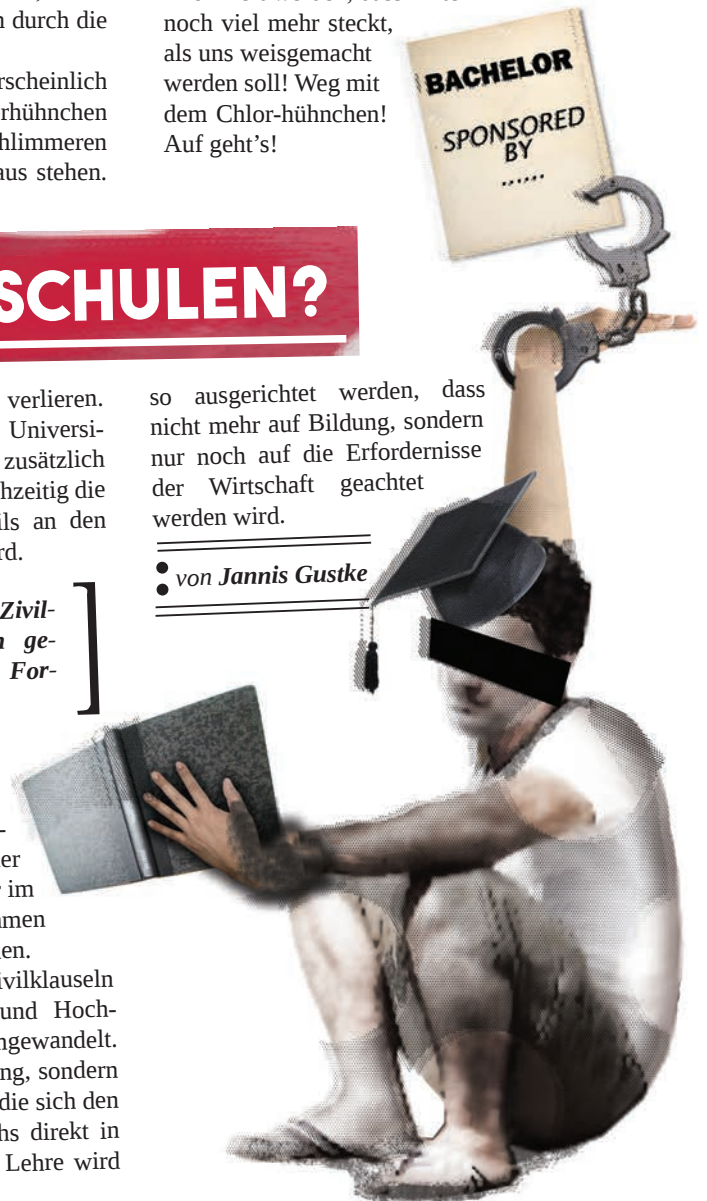
Forschungsbegrenzungen und Zivilklauseln werden nebenbei auch gestrichen und Hochschulen in Forschungsfabriken umgewandelt.

Außerdem wird der Senat vollends entmachtet werden, und nur noch der durch die Wirtschaft besetzte Hochschulrat die Entscheidungen an der Universität treffen, die insgesamt sehr im Interesse der betroffenen Unternehmen und Wirtschaftszweige ausfallen werden.

Forschungsbegrenzungen und Zivilklauseln werden nebenbei auch gestrichen und Hochschulen in Forschungsfabriken umgewandelt. Die Lehre dient nicht mehr der Bildung, sondern nur den Bedürfnissen der Wirtschaft, die sich den passend zurechtgebildeten Nachwuchs direkt in der Uni bestellen können. Auch die Lehre wird

so ausgerichtet werden, dass nicht mehr auf Bildung, sondern nur noch auf die Erfordernisse der Wirtschaft geachtet werden wird.

• von **Jannis Gustke**



Nachgefragt bei Uwe Hiks

[ke:onda]: **Die erste Frage mag ein bisschen eigenartig klingen – aber was ist denn eigentlich das Problem mit TTIP?**

Uwe Hiks: Das Problem ist, dass mit dem Freihandelsabkommen demokratisch legitimierte Politik durch die Hintertür ausgehebelt wird. Die Gefahr besteht, dass Interessen von internationalen Großkonzernen vor demokratische Interessen wie beispielsweise Umweltschutz, soziale Gerechtigkeit oder demokratische Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger gestellt wird.

[ke:onda]: **Aber wenn TTIP so offensichtlich die Macht weg von öffentlichen und hin zu privaten Interessen verschiebt, warum sollte das Freihandelsabkommen dann befürwortet werden?**

Uwe Hiks: Die derzeit Herrschenden sind der Meinung, dass TTIP gebraucht wird, weil wir angeblich oder auch real in einer immer härteren Auseinandersetzung zwischen den altindustrialisierten Ländern wie Europa und den USA und den neu aufstrebenden Ländern wie beispielsweise China und Brasilien sind. Darum müssten sie dafür sorgen, dass Europa und die USA weiterhin die dominierenden Weltmächte bleiben. Das aber ist kein emanzipatorischer Ansatz, sondern ein Anspruch auf Weltherrschaft. Wir alle, die gegen TTIP sind, sagen: Wir brauchen nicht einen Kampf der Regionen gegeneinander, sondern eine Zusammenarbeit der Regionen untereinander.

[ke:onda]: **Es kursiert ja auch so eine Vorstellung, dass mit dem Freihandelsabkommen gleich auch der weltweite Handel insgesamt abgelehnt würde...**

Uwe Hiks: Der internationale Handel ist sinnvoll und auch notwendig. Viele Produkte werden in unterschiedlichen Regionen hergestellt und die Menschen haben natürlich auch Interesse daran diese Produkte zu bekommen. Was wir aber ablehnen ist, dass Menschen in Bangladesch in den Sweatshops zu Hungerlöhnen arbeiten und nicht selten auch sterben müssen, damit hier T-Shirts für drei Euro verkauft werden können. Was wir brauchen ist einen gerechten Welthandel, der dazu führt, dass Menschen von ihrem Einkommen leben können. Und genau das wird durch das TTIP-Abkommen verhindert und nicht gefördert.

[ke:onda]: **Nach alledem, was über den geheimen Vertragstext von TTIP bisher bekannt ist: Wie würde es hier in Deutschland aussehen, zehn Jahre nach der Ratifizierung des Freihandelsabkommens?**

Uwe Hiks: Die Bundesregierung würde alle Gesetzesentwürfe, die im nächsten Jahr geplant sind, heute schon den USA mitteilen und umgedreht auch die USA der europäischen Union. Die Großkonzerne könnten Stellung dazu nehmen und drohen beispielsweise Klagen an, wenn höhere Umwelt- oder Sozialstandards festgelegt werden müssen. Die Bundesregierung würde sich gut überlegen eine Verbesserung im sozialen oder ökologischen Bereich zu beschließen, wenn eine fünf- oder zehn-Millionen-Euro-Klage angedroht wird. Das ist zum Beispiel in Ägypten passiert, wo ein Mindestlohn von ein Dollar fünfzig eingeführt wurde. Das Land wurde vor einem internationalen Schiedsgericht auf viele Millionen Euro Schadenersatz verklagt.

[ke:onda]: **Das sind die wirtschaftspolitischen Folgen. Was ist mit den Umweltstandards zehn Jahre nach der Ratifizierung?**

Uwe Hiks: Nach meiner Überzeugung würde auch die Kennzeichnungspflicht für gentechnisch veränderte Lebensmittel fallen, weil sie als Handelshemmnis gesehen werden. Die bäuerliche Landwirtschaft würde damit an die Wand geknallt, weil die großen Konzerne nun noch mehr im internationalen Handel ihre Waren durchsetzen könnten. Sprich: Wir hätten eine höhere Ökonomie der Großkonzerne bei gleichzeitiger Zerstörung von Standards, die wir über 100-150 Jahre erkämpft haben.

[ke:onda]: **Die Befürworter von TTIP führen als Argument für das Abkommen auch steigende Arbeitsplatzzahlen an. Würde das ohne TTIP nicht alles geopfert werden.**

Uwe Hiks: Obwohl eine falsch interpretierte Studie das Gegenteil behauptet, werden in Realität keine Arbeitsplätze geschaffen werden. Durch die Konzentration der Produktion auf große Unternehmen wird die Automatisierung eher noch weiter vorangetrieben werden. Das wäre für sich gar nicht schlimm, aber es wird eben nicht verbunden sein mit mehr Rechten und kürzeren Arbeitszeiten für Arbeitnehmerinnen und Arbeit-

nehmer. Unterm Strich kosten solche Freihandelsabkommen immer Arbeitsplätze.

[ke:onda]: **Um unser Gespräch noch einmal zusammenzufassen: TTIP untergräbt demokratisch legitimierte Strukturen, schiebt mehr Macht in Richtung von privat geführten Interessensgruppen und beschert uns allen mittelfristig gentechnisch verändertes Essen, das nicht mal gekennzeichnet ist. Haben wir noch was vergessen?**

Uwe Hiks: Das große Problem des Freihandelsabkommens ist ja, dass am meisten die Länder des globalen Südens betroffen sein werden. Länder in Afrika und in Südamerika werden ganz bewusst benachteiligt durch das Ganze, und das nehmen diejenigen, die das durchsetzen, absolut in Kauf. Ihnen sind die Arbeitsplätze in der europäischen Union oder in den USA wichtiger als die Arbeitsplätze im Rest der Welt wie Südamerika oder Afrika. Das ist nach meiner Überzeugung kein emanzipatorischer Ansatz. Alle Menschen haben ein Recht zur Teilnahme an einem fairen, globalen Handel.

[ke:onda]: **Uwe, wir bedanken uns für das Gespräch.**



Vita: Uwe Hiks, Jahrgang 1964, ist seit 1998 Mitglied im Bundesvorstand der NaturFreunde Deutschlands und stellvertretender Landesvorsitzender der NaturFreunde Berlin. Uwe engagiert sich seit vielen Jahren in der Friedens- und der Anti-Atom-Bewegung und hat die Großdemonstration gegen TTIP und CETA am 10.10.2015 angemeldet.

• • Das Gespräch führte Sebastian Bozada

Zum Poster in der Zeitungsmitte

Die Idee für das Poster haben wir vom Adbuster *Dies Irae*, der dieses und ähnliche kreative Plakate an Bushaltestellen aufgehängt hat, um dem Protest gegen TTIP ein Gesicht zu verleihen. Besucht mal seine Facebook-Seite bit.ly/Dies-Irae, es lohnt sich!

Warum zeigt das Poster Sigmar Gabriel? Die Verhandlungen der Europäischen Union werden wesentlich von der deutschen Regierung mitbeeinflusst, die eines der größten und wirtschafts-

stärksten Länder innerhalb der Union ist. Kanzlerin Angela Merkel könnte ihre TTIP-Politik aber nicht ohne die Zustimmung und Mithilfe der SPD-Minister machen, also namentlich vor allem Sigmar Gabriel, den Parteivorsitzenden, Vizekanzler und Wirtschaftsminister. Würde die SPD ihre Einstellung zu TTIP ändern, könnten die Mehrheitsverhältnisse für (oder gegen) TTIP also auf einmal ganz anders aussehen. Gabriel aber macht immer nur Scheinzugeständnisse, die offensichtlich allein den öffentlichen Druck ver-

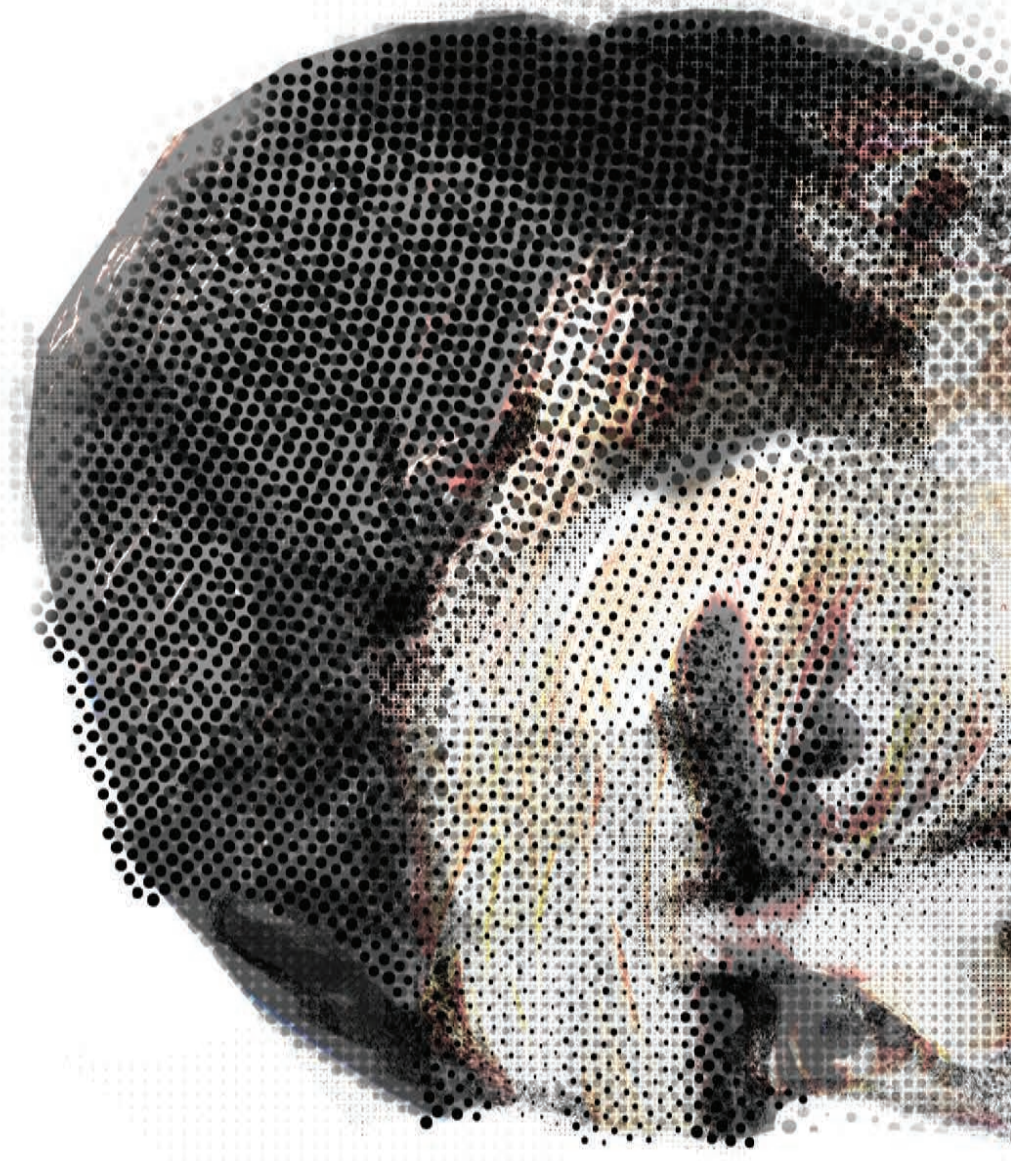
mindern sollen. Redet er aber vor Wirtschaftsverbänden, nennt er die Menschen in Deutschland plötzlich „reich und hysterisch“. Wir nehmen ihm nicht ab, dass Sigmar Gabriel TTIP wirklich verhindern will. Deshalb, liebe SPD, erkämpft möglichst schnell einen Kurswechsel. Wir glauben daran, dass Ihr Euch auch Besseres vorstellen könnt als dieses Abkommen. Mit oder ohne Euren Parteivorsitzenden.

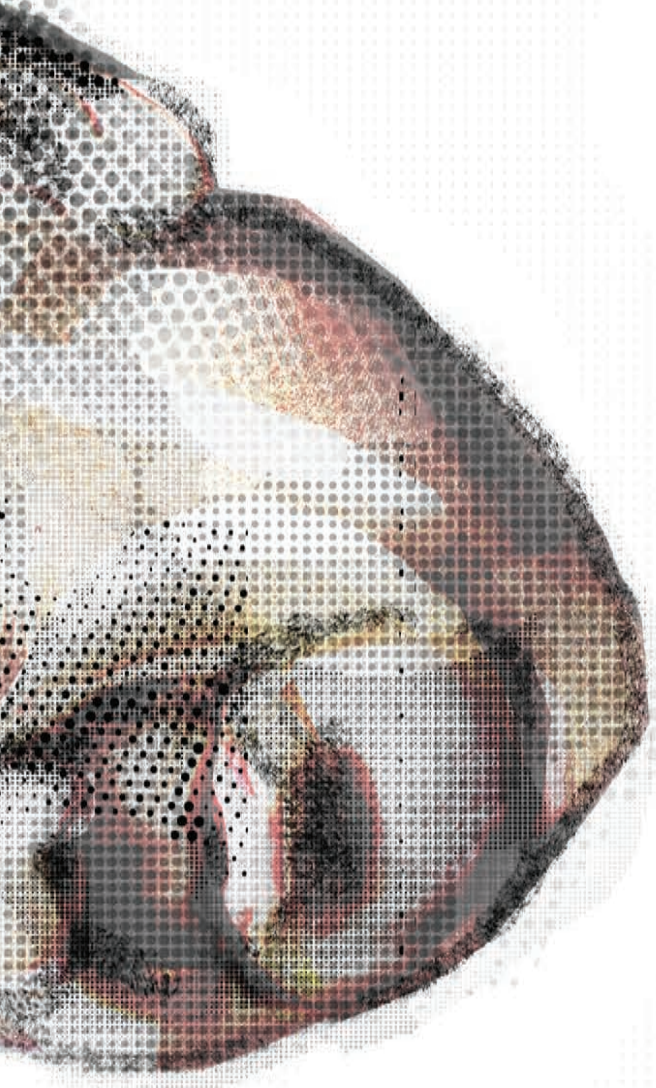
• • von Jannis Pfendner

MEHR

DEMOKRATIE

WAGEN,





STATT TUN WAS LOBBYISTEN SAGEN

BIT.LY/DIES-IRAE



EIN FREIHANDELSABKOMMEN UND SEINE FOLGEN!

Am 1. Januar 1994 trat das Nordamerikanische Freihandelsabkommen, kurz NAFTA, zwischen Kanada, den USA und Mexiko in Kraft. Am gleichen Tag besetzten in Chiapas, dem südlichsten Bundesstaat Mexikos, maskierte Kämpfer*innen gleichzeitig fünf Bezirkshauptstädte und erklärten der mexikanischen Regierung den Krieg. Sie gehörten zum Ejército Zapatista de Liberación Nacional (EZLN, „Zapatistische Armee der Nationalen Befreiung“), einer überwiegend aus Indigenas¹ bestehende Organisation. Ihr Name verweist auf Emiliano Zapata, einen der historischen Führer der mexikanischen Revolution zu Beginn des 20. Jahrhunderts.

Auf Druck der Zivilgesellschaft kam es nach zwölf Tagen bewaffneter Kämpfe zu einem Waffenstillstand. Die Zapatistas zogen sich aus den Städten in die schwer zugänglichen Dschungeltäler zurück, in denen die indigene Bevölkerung lebte, die sie unterstützte. Unter der Vermittlung der katholischen Kirche begannen Verhandlungen, die nach zwei Jahren zu einer

Bevölkerung im Süden Mexikos nach 500 Jahren Kolonialismus und angesichts der neoliberalen Globalisierung beschreiben. Der Ausbeutung und Unterdrückung setzten sie eine Kultur der indigenen Basisdemokratie, der Geschlechtergleichheit und Ökologie entgegen. Von den Zapatistas gingen viele Impulse aus, um die Zivilgesellschaft in Mexiko zu einen und den Ärmsten der Armen ihre Würde zu geben.

(...) lud die EZLN 1996 zu einem „intergalaktischen Treffen gegen Neoliberalismus und für Menschlichkeit“ in den Lakandonischen Regenwald⁴.

Um sich mit der weltweiten globalisierungskritischen Bewegung zu vernetzen, lud die EZLN 1996 zu einem „intergalaktischen Treffen gegen Neoliberalismus und für Menschlichkeit“ in den Lakandonischen Regenwald⁴. Circa 3000 Teilnehmer*innen aus mindestens 54 Ländern kamen. Mit ihrem Ansatz ein kollektives

amerikanische Landwirtschaftsprodukte den Markt überschwemmten. Der erhoffte Wirtschaftsaufschwung blieb aus und die Schere zwischen Arm und Reich hat sich weiter geöffnet.

Die Zapatistas in ihren autonomen Gemeinden im südlichen Mexiko kämpfen weiter gegen neoliberale Politik, und „für eine Welt, in der viele Welten Platz finden“.

¹Indigenas oder „indigene Bevölkerung“ sind Nachkommen der Menschen, die schon vor der Kolonialisierung in Mittel- und Südamerika gelebt haben.

²Paramilitärische Gruppen sind ähnlich wie Militärs organisiert und ausgestattet, in diesem Fall aber meist von Großgrundbesitzern bezahlt.

³Kommuniqué sind schriftliche Mitteilungen oder Bekanntmachungen.

⁴Heimat der Lakandonen im Süden Mexikos.

von Tobias Thiele

“We are sorry for the inconvenience, but this is a revolution.”

Subcomandante Marcos

Übereinkunft führten. Das Abkommen von San Andrés sah die Aufnahme von Autonomierechten für die indigene Bevölkerung in die mexikanische Verfassung vor. Die Regierung setzte den Vertrag allerdings nie um. Stattdessen schickte sie zehntausende Soldaten nach Chiapas.

Der Ausbeutung und Unterdrückung setzten sie eine Kultur der indigenen Basisdemokratie, der Geschlechtergleichheit und Ökologie entgegen.

In den von der EZLN kontrollierten Dörfern im Osten von Chiapas bauten die Zapatista – immer wieder bedrängt durch das Militär und paramilitärische Gruppen² – eine autonome Struktur auf kommunaler und regionaler Ebene auf. Über Mexikos Grenzen hinweg fanden die Zapatistas viel Beachtung, als eine neuartige linke Guerilla nach dem Zusammenbruch der realsozialistischen Alternative. Die EZLN nutzte das damals noch neue Medium des Internets, um seine Bekanntmachungen in Mexiko und auf der ganzen Welt zu verbreiten.

Sehr lesenswert sind die poetischen Kommuniqués³ ihres Sprechers Subcomandante Marcos, die sehr anschaulich die Situation der indigenen

Netzwerk aufzubauen, das Unterschiedlichkeiten respektiert, Ähnlichkeiten anerkennt und so die Welt neu erschaffen will, fanden die Zapatistas weltweit in der globalisierungskritischen Bewegung viel Widerhall.

Und was hat das Freihandelsabkommen gebracht? Die meisten Bewohner*innen der drei Länder haben von NAFTA nicht profitiert: Insbesondere Kanada wurde immer wieder vor den Schiedsgerichten wegen seiner stärkeren Umweltauflagen gegenüber den USA verklagt. Aus den USA wiederum wanderten viele Arbeitsplätze in der Textilindustrie nach Mexiko ab, wo die Lohnkosten viel niedriger sind.

In Mexiko mussten Millionen Maisbauer*innen ihre Existenz aufgeben, weil hochsubventionierte US-



Schutzgebiete in Zeiten von TTIP & CETA

Wenn über die geplanten Freihandelsabkommen diskutiert wird, denken viele Menschen zunächst an die Auswirkungen auf weltweite Handelsbeziehungen. Aber auch abseits der Märkte können TTIP und CETA auch einen erheblichen Einfluss auf die europäische Naturschutz- und Umweltpolitik haben.

Die Natura 2000-Gebiete zum Beispiel sind ein tragendes Element der europäischen Bemühungen für den Schutz von Arten und Lebensräumen. Sie bilden ein länderübergreifendes Netzwerk aus Schutzgebieten und können somit als wichtigstes Naturkapital der EU gesehen werden. Die NaturFreunde unterstützen seit vielen Jahren die Umsetzung von Natura 2000 und schaffen mit hunderten „Natura Trails“ in ganz Europa Bewusstsein für unsere Naturschätze. Auch die Naturfreundejugend Deutschlands ermöglicht mit „Natura in Aktion“ jungen

Menschen Zugang zu den Natura 2000-Gebieten, denn Naturschutz und Naturnutzung gehören im Verband seit jeher zusammen.

Deshalb stellen wir uns die Frage: Was bleibt übrig von den Naturschätzen, wenn die Freihandelsabkommen kommen? Wir befürchten, dass die Abkommen zur Abschwächung der europäischen Naturschutzgesetzgebung führt.

Was bleibt übrig von den Naturschätzen, wenn die Freihandelsabkommen kommen?

Denn TTIP und CETA sehen ein Investor-Staat-Klagerecht vor, durch das ausländische Konzerne einen Staat auf Schadensersatz verklagen können, wenn sie ihre Profite geschmälert sehen. Stehen amerikanischen Firmen also europäische, striktere Naturschutzgesetze und Richtlinien im Weg, können sie diese anfechten und wo-

möglich umgehen. Die Konsequenz wäre eine Aufweichung der hohen Standards, für die sich die europäische Gemeinschaft seit vielen Jahren stark macht. Mit den Freihandelsabkommen könnten ökonomische Ziele Vorrang vor ökologischen Interessen bekommen.

Innerhalb der EU ließ sich in den letzten Monaten bereits beobachten, wie durch einen sogenannten „Fitness-Check“ der EU-Naturschutzrichtlinien womöglich die Tür geöffnet wurde für eine Schwächung der Schutzstandards. Als Ziel wurde der Bürokratie-Abbau angegeben. Die NaturFreunde und andere Umweltverbände befürchten jedoch, dass die EU-Kommission in den nächsten Monaten unter dem Deckmantel der „Modernisierung“ wichtige Richtlinien wie die Natura 2000-Grundlagen aufweichen könnte. Da lohnt sich ein Gedankenspiel, was passiert, wenn in Zukunft auch amerikanische Konzerne einen Einfluss auf europäische Gesetzgebung haben und Naturschutzziele Profitinteressen zum Opfer fallen können.

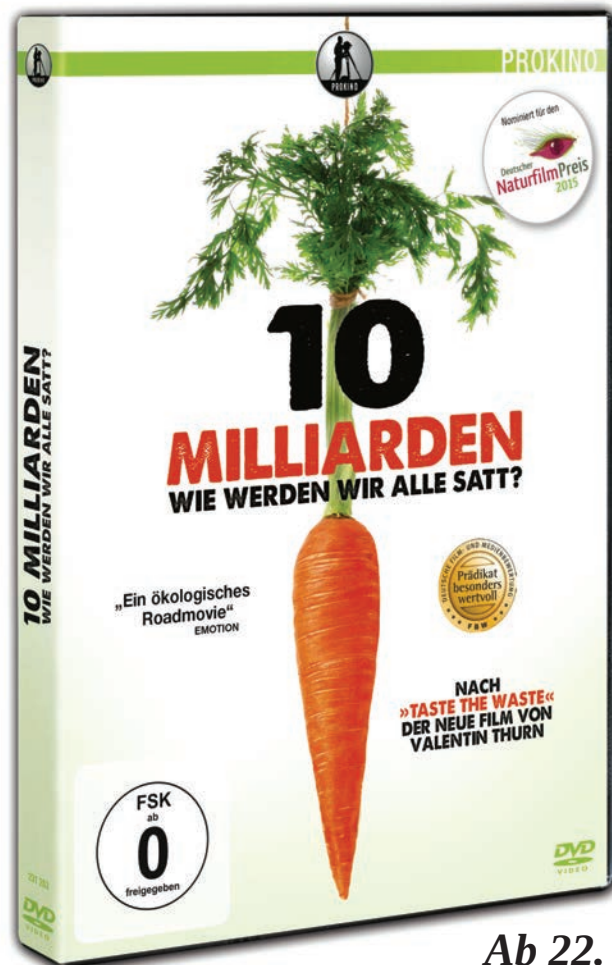


von Larissa Donges

WIR WOLLEN ES WISSEN!

Die [ke:onda] ist die Zeitschrift der Naturfreundejugend Deutschlands, dem eigenständigen Jugendverband der NaturFreunde. Wir sind in 16 Landesverbänden und vielen Ortsgruppen in ganz Deutschland organisiert. Vielleicht seit ihr schon Mitglied oder kennt vielleicht eines der über 400 deutschen Naturfreundehäuser, in denen wir gerne unsere Workshops und Freizeiten veranstalten. Wenn ihr die [ke:onda] schon öfter gelesen habt, wundert ihr euch sicher über die komplett neue Gestaltung unserer Verbandszeitschrift.

Unabhängig davon ob ihr das Heft zum ersten Mal in der Hand haltet oder die [ke:onda] von Anfang an mitverfolgt – wir wollen eure Meinung hören! Schreibt uns, schickt uns eine Nachricht via Facebook und Instagram oder WhatsApp-ed uns, was ihr von diesem Heft haltet! Und weil das ganze ja auch ein Geben und nehmen ist, verlosen wir unter allen bis zum 30.11.2015 eingesandten Feedbacks eine von fünf DVDs „10 Milliarden – Wie werden wir alle satt?“ Den sehenswerten Film von Valentin Thurn haben wir bereits in der letzten Ausgabe vorgestellt. Jetzt ist Thurns kritische Weltreise auf der Suche nach einer Antwort zur titelgebenden Frage auf DVD erschienen.



Ab 22. Oktober
auf DVD und VoD!

Facebook: naturfreundejugend.deutschlands

WhatsApp: 0176 – 7379 73780

Instagram: naturfreundejugend

Email: keonda@naturfreundejugend.de

Zusammen für ein besseres Leben

Am 14. November 2014 konnten in der brandenburgischen Kleinstadt Eberswalde manche nicht glauben, was sie sahen. 200 Menschen bewegten sich in einem bunten, lauten Zug durch die Straßen. „Für eine gerechte Weltwirtschaft! – Freihandelsabkommen stoppen!“, stand auf dem großen Banner, dass von jungen Leuten getragen wurde.

Demonstrationen, die in Berlin oder Hamburg zum Alltag gehören, sind in Kleinstädten wie Eberswalde höchste selten. Und so die Demonstration der TTIP-Gegner*innen auch größte Demonstration in den vergangenen zehn Jahren.

Organisiert wurde das breite Bündnis aus Initiativen der NaturFreunde Eberswalde. Die junge Gruppe wird überwiegend von Studierenden der lokalen Hochschule getragen. Getreu ihrem Motto „In einer Gruppe verbinden sich verschiedenste Ansätze für ein besseres Leben“ steht bei

den NaturFreunden Eberswalde die Gemeinschaft an erster Stelle. Kleine Kostprobe?

Die Utopie eines anderen Lebens scheint einen Moment in der Luft zu liegen.

Im April saßen 15 Naturfreund*innen zusammen in einer großen Jurte im Wald auf Rügen. Es wird Musik gemacht, gelacht, schwimmen gegangen. Sie lernen über die Pflanzen, kochen über dem Feuer und haben einfach mal Zeit für sich.

Im Mai: Tag der Utopie. Menschen, die bewusst ohne eigenes Einkommen, dafür aber mit all dem Überfluss und Überschuss unserer Gesellschaft leben, teilen ihr Wissen und schmieden Pläne mit den Teilnehmer*innen. Bands spielen, Sonne scheint, viele angeregte Gespräche. Die Utopie eines anderen Lebens scheint einen Moment in der Luft zu liegen.

Im Juli kommt Mamadou Mbodji, Vorsitzender

des Netzwerks der afrikanischen Naturfreunde zu Besuch. Er berichtet über fehlende Klimagerechtigkeit und deren zerstörerische Folgen in vielen Ländern in Afrika. Gemeinsam mit vielen Interessierten wird überlegt, wie sich die Menschen über die Kontinente hinweg solidarisch unterstützen können.

Wenige Tage später begeht die nun zweijährig gewordene Gruppe ihren Geburtstag mit einem Tag am See. Mit Kuchen. Und Musik!

Die NaturFreunde Eberswalde suchen das gute Leben jenseits von Konsum und Verzweckung. Sie machen gemeinsam einen Unterschied, stehen füreinander ein und verändern zusammen die Welt. Darum sind sie – wir – auch am 10.10. gegen TTIP wieder auf der Straße. Vielleicht sehen wir uns ja in Berlin!

von **Jannis Pfendtner**



„Die Naturfreundejugend Deutschlands [...] will den Kapitalismus und seine sozialen und ökologischen Widersprüche überwinden...“ – so jedenfalls steht es im Leitbild des Verbandes. Doch was ist das eigentlich, dieser „Kapitalismus“?

Dieser Begriff bedeutet, dass es Menschen gibt, die Eigentum an Mitteln haben, die andere Menschen benötigen, zum Beispiel Lebensmittel. Um Lebensmittel zu bekommen, wird Geld benötigt – und das wiederum kann bei den gleichen Leuten verdient werden, die die Ware vorenthalten und lieber verkaufen wollen. Kurz gesagt: Statt seine Mitarbeiter*innen mit einem Laib Brot zu entlohnen gibt, der Bäcker ihnen lieber genug Geld, damit sie sich einen halben Laib kaufen können.

Mit der Ausprägung und Entwicklung des Finanzsektors unserer heutigen Zeit hat sich dies weiter verkompliziert. Über die Jahrhunderte ist gleich geblieben, dass es reiche Menschen gibt, die auch reich bleiben – und Menschen, die nicht mal genug haben, um überleben zu können. Besonders hässliche Ausprägungen des Kapitalismus wie Kinderarbeit, fehlender Arbeitsschutz und unverhältnismäßige Arbeitszeiten sind in Mitteleuropa inzwischen weniger geworden. Die jetzige Situation der Arbeitsrechte in Deutschland ist das Ergebnis einer Vielzahl von Kämpfen der Arbeitnehmer*innen selbst, gegen den erbitter-

ten Widerstand der jeweiligen Obrigkeit. TTIP gefährdet die hart erkämpften Rechte der Arbeitnehmer*innen, denn Mindestlöhne und Arbeitsschutzgesetze können mit dem Freihandelsabkommen gerichtlich angefochten werden.

Auch die Naturfreundejugend als Teil der NaturFreunde ist eine Organisation der Arbeiter*innenbewegungen und kämpfte seit ihrer Gründung vor über 100 Jahren stets mit und für ein selbstbewusstes Proletariat und damit auch gegen den Kapitalismus. Schon aus unserer Geschichte heraus müssen wir uns gegen TTIP stark machen, bevor diejenigen, die das Eigentum an den meisten Mitteln haben – Großkonzerne – auch noch unliebsame Gesetze wegklagen können.

Die jetzige Situation der Arbeitsrechte in Deutschland ist das Ergebnis einer Vielzahl von Kämpfen der Arbeitnehmer*innen selbst, (...)

Gesetze, die auch Dinge wie den Ausbau erneuerbarer Energien, Schutzgebiets-Verordnungen und ein Verbot von Genfood lenken. Hier stoßen Gewinninteressen zusammen mit dem Bedürfnis nach Natur, Erholung und unbelasteter Nahrung. Ein Zitat von Mahatma Gandhi bringt das ziemlich genau auf den Punkt:

„Die Welt hat genug für jedermanns Bedürfnisse, aber nicht für jedermanns Gier.“

Dass TTIP Wirtschaftswachstum, Wohlstand und Freigetranke für alle bringt, darf daher bezweifelt werden. Das kapitalistische System beruht darauf, dass diejenigen, die die Mittel haben, das Maximum aus denen herausholen. „Gewinnmaximierung“ baut in diesem Fall aber darauf auf, dass Menschen weniger verdienen als sie benötigen. Ohne arme Menschen gibt es damit keine reichen Menschen.

Das Problem steckt also gar nicht so sehr in dem Freihandelsabkommen, einen paar Großkonzernen oder Politiker*innen, die für solche Ideen auch noch werben. Das Problem ist das große Ganze, das kapitalistische System. Ein System, das von Menschen erschaffen wurde, und das von Menschen auch wieder abgeschafft werden kann und muss.

Gegen ein System der Vereinzelung und Konkurrenz - Für eine solidarische Gesellschaft des Miteinanders!

Für „eine sozialistische Demokratie“!

von **Lyonel Frey-Schaaber**

JUNG. BUNT. AKTIV.

Wegwerfen kann jeder

Ossi-Eltern haben es schon immer gewusst: Früher hielt alles länger. Und spätestens wenn man den Zungenbrecher „geplante Obsoleszenz“, also beabsichtigtes Kaputtgehen, in Suchmaschinen eingibt, hat man es schwarz auf weiß. Wir leben in der einer Konsumgesellschaft, und nur wenn viel kaputt geht, wird auch viel nachgekauft. Dabei werden Ressourcen knapper, der Aufwand und die Umweltverschmutzung immer größer, wenn z.B. seltene Erden gefördert werden. Will man nun aber doch sein Gerät reparieren lassen, sind die Kosten enorm. Hier helfen

SoLa-Was?!

Nein, SoLaWi. Diese Abkürzung steht für Solidarische Landwirtschaft und kann mehr sein, als nur eine wöchentliche Gemüsebox. Eine Gemeinschaft sorgt dabei für einen Bauernhof. Der Landwirt kalkuliert einmal im Jahr seine Kosten, dieser Beitrag wird dann auf alle Mitglieder der SoLaWi-Gemeinschaft aufgeteilt und monatlich im Voraus bezahlt.

„Die Lebensmittel verlieren ihren Preis und erhalten so ihren Wert zurück.“

Im Gegenzug erhalten die Verbraucher alles, was der Bauernhof produziert. Das verhindert Lebensmittelverschwendung, da auch nicht der Norm entsprechendes Gemüse verteilt wird. Aber nicht nur das: Die Mitglieder wissen um die Herkunft ihrer regionalen, saisonalen und i.d.R. auch ökologisch produzierten Lebensmittel und unterstützen – je nach Gruppe – auch den Bäuer*innen bei der Ernte. Dieser wiederum kann sich allein um die Pflanzen, Tiere und den Boden kümmern und genießt finanzielle Sicherheit. Oder um es in den Worten des „Erfinders“ Wolfgang Stränz auszudrücken: „Die Lebensmittel verlieren ihren Preis und erhalten so ihren Wert zurück.“

Auf ernte-teilen.org sind alle deutschlandweiten SoLaWi-Initiativen eingetragen.

Wandel – bald auch in deiner Stadt!

Die Politik hat bei der Energiewende versagt? Der Klimawandel ist nicht mehr aufzuhalten? Da hilft nur eines: Selber machen. Seit 2006 gibt es daher Transition Towns. Man könnte diese „Städte im Wandel“ frei unter das Motto „Think global – act local – start now“ stellen. Es geht vor allem darum, „endlich“ mal was zu machen. Sei es ein gemeinschaftlicher Gemüsegarten, eine Bürgersolaranlage oder einfach nur eine Informationsveranstaltung zum Energiesparen. Ziel ist es, die Resilienz, also die Widerstandskraft von Gemeinden zu erhöhen, damit sie gegenüber neuen Herausforderungen gewappnet sind. Vielen Initiativen ist auch eine lokale Währung wichtig, die

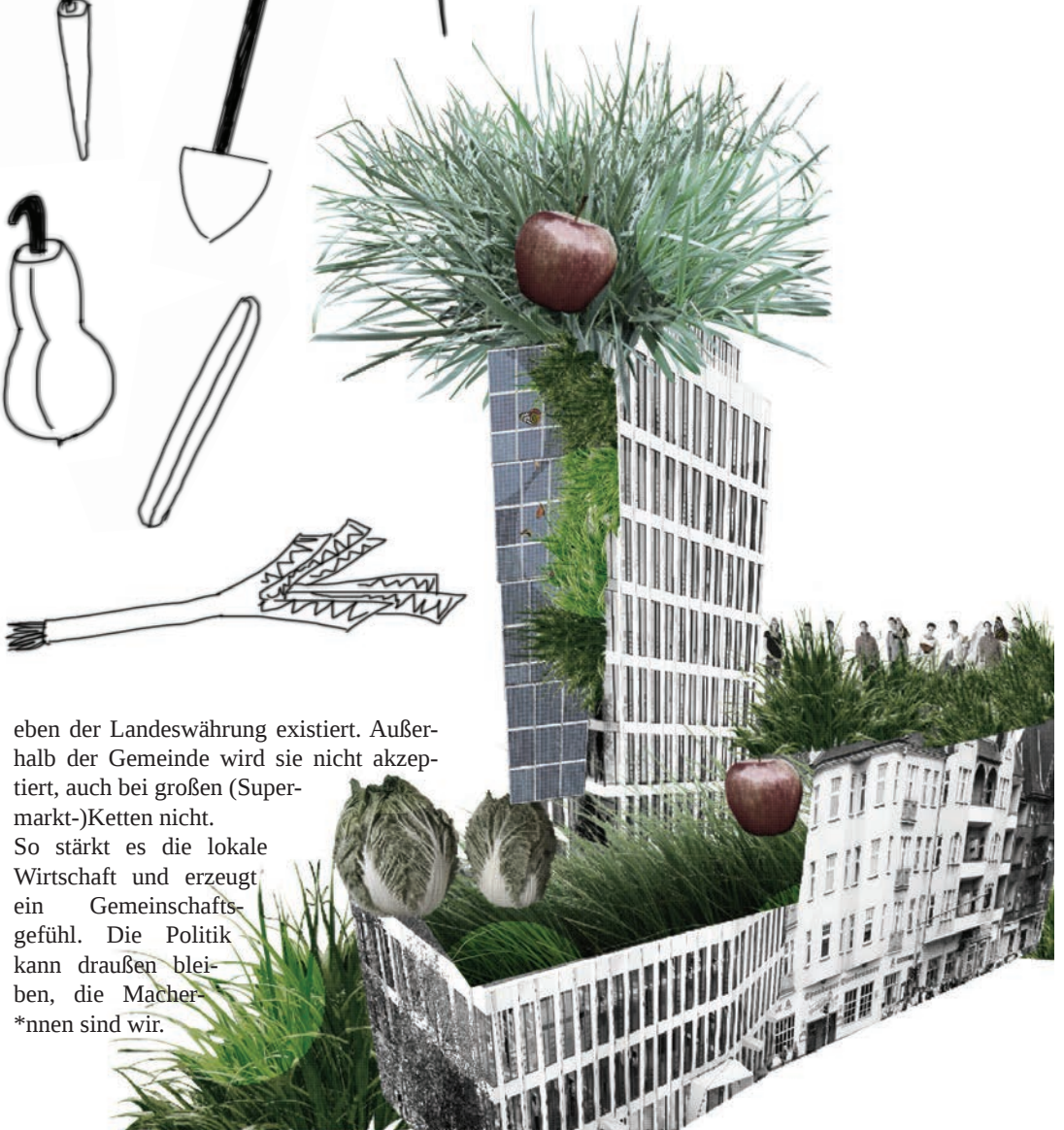
Repaircafés weiter. Bei diesen ehrenamtlichen Treffen findet man meist jemanden, der sich mit dem kaputten Gerät auskennt. Zusammen mit der Person und dem bereitliegenden Werkzeug ist es dann im Nu repariert und das Geräteleben verlängert.

Eine Karte mit allen Repaircafés weltweit gibt es auf repaircafe.org.



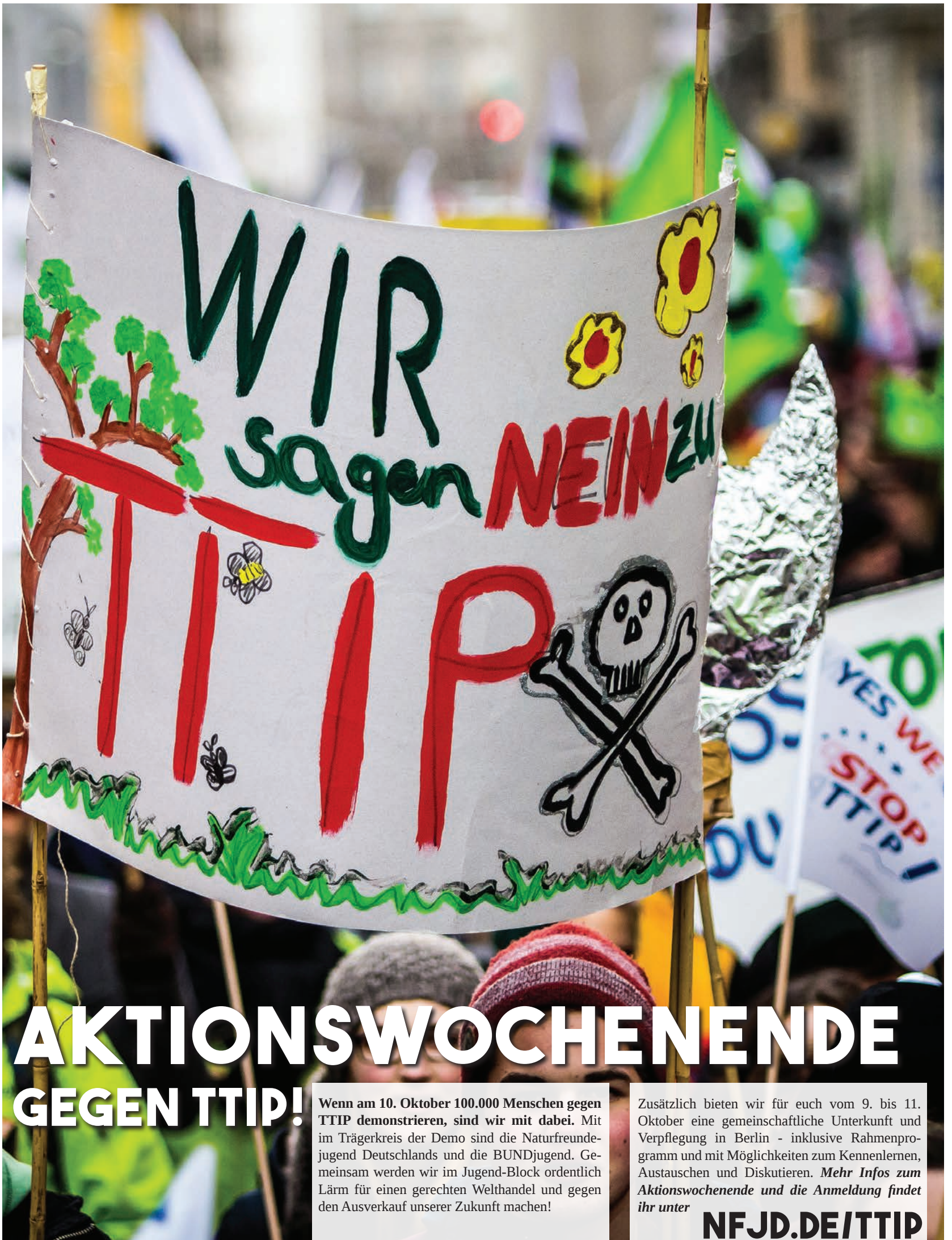
Vom Geben und Nehmen

Stell dir vor, du gehst in einen Laden, suchst dir etwas aus und gehst wieder. Was fehlt? Nichts. Denn Umsonstläden funktionieren ohne Bezahlung. Wer etwas nicht geben kann, bringt es vorbei. Wer etwas braucht, holt es sich. Diese Projekte basieren meist auf Spenden, da Mietkosten entstehen, welcher der Umsonstladen, der Natur der Sache geschuldet, nicht bezahlen kann. Anders bei einer Give-Box: Sie ist meist telefonzellengroß und kommt völlig ohne Geld aus. Aber es braucht nicht immer einen festen Ort um Dinge, die man selber nicht mehr benötigt, an Fremde zu verschenken. Es gibt auch zahlreiche Gruppen in Sozialen Netzwerken. Und manchmal tut es auch die gute alte Kiste im Hausflur. Und nicht vergessen: Sharing is caring und teilen macht glücklich.



eben der Landeswährung existiert. Außerhalb der Gemeinde wird sie nicht akzeptiert, auch bei großen (Supermarkt-)Ketten nicht.

So stärkt es die lokale Wirtschaft und erzeugt ein Gemeinschaftsgefühl. Die Politik kann draußen bleiben, die Macher*innen sind wir.



AKTIONSWOCHENENDE GEGEN TTIP!

Wenn am 10. Oktober 100.000 Menschen gegen TTIP demonstrieren, sind wir mit dabei. Mit im Trägerkreis der Demo sind die Naturfreundejugend Deutschlands und die BUNDjugend. Gemeinsam werden wir im Jugend-Block ordentlich Lärm für einen gerechten Welthandel und gegen den Ausverkauf unserer Zukunft machen!

Zusätzlich bieten wir für euch vom 9. bis 11. Oktober eine gemeinschaftliche Unterkunft und Verpflegung in Berlin - inklusive Rahmenprogramm und mit Möglichkeiten zum Kennenlernen, Austauschen und Diskutieren. *Mehr Infos zum Aktionswochenende und die Anmeldung findet ihr unter*

NFJD.DE/TTIP